

### Die Absichten Lloyd-Georges.

Bern, 20. April.

Gardiner widmet den Samstagartikel der „Daily News“ vom 13. d. der irischen Wehrpflicht, die keine militärische Maßnahme, sondern ein politischer Kniff sei. Lloyd-George habe gar nicht die Annahme der Wehrpflichtnovelle gewollt, sondern den Fall seines Ministeriums auf Grund des selbst gewählten Konflikts mit dem Parlament, damit die ernste Lage, die seine unheilvolle Politik an der Westfront herbeigeführt hat, verdunkelt werde, und er das unerfreuliche Geschäft des Regierens anderen überlassen könne. Obwohl die Gesetzentwurf eingebracht wurde, als ob sie mit der militärischen Lage im Zusammenhang stünde, und durch das Unterhaus gepeitscht wurde, als ob der Ausgang der Schlacht davon abhängen würde, habe sie mit dem Krieg nichts zu tun. Sie sei eine Kriegserklärung an Irland, die der britischen Armee keinen einzigen weiteren Iren für die gegenwärtige oder selbst für eine künftige Schlacht zuführen würde. Vielleicht werde man Irland schlagen, aber was helfe das, wenn man von den Deutschen geschlagen würde? Die berechnete Ironie, die irische Wehrpflicht in dieser unbeugsamen Weise genau zu dem Zeitpunkt zu fordern, zu dem die irische Konvention nach langer Arbeit eine Verständigung erzielt hätte, müsse, wie Gwynn im Unterhause gesagt habe, auch ein weniger argwöhnisches Volk als das irische glauben machen, daß die Regierung absichtlich jede Verständigung für immer unmöglich machen wollte. Gardiner schließt: Wir stehen am Rande eines furchtbaren Abgrundes. Wir brauchen alle unsere Kraft und Einsicht, um die Prüfung, welche die Nation durchmacht, zu überstehen. Wenn unsere Moral nicht versagen will, müssen wir das Vertrauen wiederherstellen, und der erste Schritt dazu ist, eine Regierung zu erhalten, die Vertrauen einflößt.